

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheld, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 82

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, — Offertgeblühren 10 Goldpfennig und Porto.

Halver
Dienstag, den 7. April

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgehehen im Wochensbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Eine Denkschrift über die steuerliche Erfassung der Inflationsgewinne wird dem Reichstag demnächst zugehen.
- * Der Preussische Landtag ist auf den 28. April vertagt worden. Ministerpräsident Braun hat bereits die Regierungsgeschäfte übernommen.
- * Auf der Zeche Matthias Stinnes stürzte ein Förderkorb in die Tiefe, wobei 2 Bergleute getötet und 54 Bergleute verletzt wurden.
- * Im Tschelaprozess begannen die Plädoyers mit der Anklage des Reichsanwalts.
- * Die Französische Kammer sprach dem Kabinett Herriot das Vertrauen mit 530 gegen 29 Stimmen aus.

Präsidentenwahl und Preußentrife.

Braun: preussischer Ministerpräsident; Marx: Kandidat für den Reichspräsidentenposten — das ist das Ergebnis der Verhandlungen, die das Zentrum mit der Sozialdemokratie geführt hat. Die ursprüngliche Absicht, Marx zum Kandidaten der Weimarer Koalition zu machen, ist erfüllt, die Sozialdemokratie hat dafür den preussischen Ministerpräsidentenposten erobert, den sie vor dem ersten Wahlgang nicht erreichen konnte.

Es hat in letzter Stunde nicht an Versuchen gefehlt, einen Mittelweg zu finden, der die klare Scheidung für den 26. April verhinderte. Es ist die Bayerische Volkspartei gewesen, die diesen Versuch machte. Sie befindet sich in einer leichten Lage. In Bayern ist sie Trägerin einer Parteiallektion, die wesentlich antimarginalistisch eingestellt ist und sich darum auch wiederholt sehr scharf gegen das Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie ausspricht. Dieses Zusammengehen ist ja der Grund gewesen, weshalb sich die Bayerische Volkspartei 1920 vom Zentrum überhaupt getrennt hat. Auf der anderen Seite werden doch wohl sehr stark konfessionelle Momente auf die Stellungnahme der Mitglieder dieser Partei einwirken, die wohl fast sämtlich katholisch sind und sich nur schwer davon abhalten lassen werden, für den Katholiken Marx zu stimmen. Um diesem Dilemma zu entgehen, hat der Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Leicht, vorgeschlagen, die ganze Wahl des Reichspräsidenten sozusagen zu vertagen, indem man Dr. Simons' Provisorium durch einen Beschluss des Reichstages verlängerte. Er ist mit seinem Vorschlag aber auf keine Gegenliebe gestoßen, weil die Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bereits zum Abschluss gekommen waren und Marx zum Kandidaten für den 26. April bestimmt war.

Der Vorschlag Leichts ging von dem Gedanken aus, dem Reichspräsidenten die unvermeidliche parteipolitische Abstempelung zu nehmen und dadurch seine Stellung unbedingt zu stärken. Es ist ja ganz zweifellos damit zu rechnen, daß der zukünftige Reichspräsident, gleichgültig wer es sei, in den nächsten Wochen vor der Wahl den schärfsten Angriffen von der Gegenseite ausgesetzt sein, und daß der Wahlkampf sehr scharfe Formen annehmen wird. Der Vorschlag Leichts ging aber auch von dem Gedanken aus, die Wahl des Reichspräsidenten zurückzuverlegen in den Reichstag selbst. Die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk, und zwar in direkter Form, ist bei der Schaffung der Verfassung sehr umstritten gewesen, paßt eigentlich auch nicht so ganz zum Grundgedanken der repräsentativen Demokratie, die gegenwärtige Staatsform ist. Keineswegs alle Republiken wählen ja ihr Staatsoberhaupt in der direkten Form wie wir; es geschieht in Amerika indirekt, also durch Wahlmänner, während beispielsweise Frankreich seine Präsidenten in der Art wählt, daß die beiden Kammern zu einer gemeinsamen Sitzung für diesen Zweck zusammentreten.

Doch alle diese Absichten sind überholt durch den Beschluss des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie, Marx als ihren Kandidaten aufzustellen. In der offiziellen Erklärung, die hierüber ausgegeben worden ist, wird nur gesagt, daß der Beschluss gefaßt worden ist auf Grund einer umfassenden Programmdarlegung seitens Marx'. Das Zentrum hat sich übrigens zu dem Entschluss, dem Sozialdemokraten Braun in Preußen die Ministerpräsidentenschaft zu verschaffen, noch eher entschlossen, als es die Zustimmung der Sozialdemokratie zur Aufstellung des gemeinsamen Kandidaten Marx erlangt hatte. Damit war die erste Forderung erfüllt, die von der Sozialdemokratie an das Zentrum gerichtet worden war; dieser Entschluss wird auch, auf die parteipolitische Lage im Reich wohl nicht ohne Rückwirkung bleiben. Zweifellos wird der Zusammenschluß der Linken nicht ohne Gegenwirkung bei den im Reichsbund zusammengeschlossenen Parteien bleiben. Man rechnet dort ohne weiteres damit, daß einzelne Teile der Parteien des Linksbundes die offizielle Parteikandidatur nicht werden mitmachen wollen, vor allem der rechte Zentrumslügel besonders dann nicht, wenn etwa noch eine Preußenvahl hinzukommen würde. Immerhin bleibt der Vorsprung, den die drei Linksparteien zahlenmäßig haben, so groß, daß der Reichsbund vor die erste Frage gestellt wird, ob auch er nicht zu neuen entscheidenden Schritten in der Kandidatenfrage wird schreiten wollen. Bestrebungen dieser Art, eine Kandidatur zu proklamieren, deren Träger auch auf große Teile der drei Linksparteien starke Anziehungskraft ausüben würde, sind im Gange, obwohl es immer ein mißliches Ding bleibt, etwa den Kandidaten zu wechseln. Auch im Reichsbund wird die Klärung nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Rückkehr der deutschen Luftverkehrsdelegation.

Die deutsche Delegation, die mit der zuständigen Unterkommission der Völkhafterkonferenz über die An-

schänkungen für den deutschen Luftfahrzeugbau verhandelt hat, ist nach Berlin zurückgekehrt. Die Völkhafterkonferenz wird sich voraussichtlich in den nächsten Sitzungen mit der deutschen Stellungnahme befassen.

Ablösung der 26 prozentigen Abgabe.

Zwischen der deutschen und der großbritannischen Regierung ist ein Abkommen über die Ablösung der englischen Recoverabgabe abgeschlossen worden. Durch dieses Abkommen wird das jetzige Verfahren, wonach die deutschen Waren bei ihrer Einfuhr nach England einer besonderen Abgabe in Höhe von gegenwärtig 26% unterworfen werden, durch ein System von monatlichen Pauschalzahlungen abgelöst, die aus dem Durchschnitt der Monatsstatistik errechnet werden, und deren Sterlingbetrag durch freiwillige Ablieferung aus den deutschen Exporten aufgebracht wird. Der Gegenwert der abgelieferten Devisen wird den Exporteuren natürlich aus der Devisen-Annullität in Reichsmark vergütet.

Steuerliche Erfassung der Inflationsgewinne.

Im Aufwertungsausschuss des Reichstages teilte ein Vertreter des Finanzministeriums mit, daß die Vorarbeiten für eine Denkschrift über die steuerliche Erfassung der Inflationsgewinne bereits beendet seien und daß die Denkschrift dem Reichstag in kürzester Zeit zugehen werde. Der Ausschuss vertagte sich darauf bis nach Ostern in der bestimmten Erwartung, daß die Denkschrift dann vorliegen werde.

Vertagung des Preussischen Landtags.

Der Preussische Landtag vertagte sich auf den 28. April. Als erster Gegenstand in dieser Sitzung steht die Entgegennahme der Regierungserklärung auf der Tagesordnung. Vor der Vertagung beschloß der Landtag, die vom Ständigen Ausschuss angenommenen Vorverordnungen dem Hauptausschuss zu überweisen. Der neugewählte Ministerpräsident Braun hat bereits die Geschäfte übernommen, nachdem sich der bisherige Ministerpräsident Marx von den Beamten des Staatsministeriums verabschiedet hat.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das deutsch-belgische Handelsabkommen ist unterzeichnet worden. Das Abkommen ist basiert auf dem Grundgedanken der gegenseitigen Weisbegünstigung.

Berlin. Die deutsche Regierung hat von der französischen Regierung die Bestrafung der französischen Soldaten verlangt, die vor einigen Tagen in Stockholm zwei Deutsche erschossen und einen Deutschen schwer verletzt haben.

München. General Lubendorff werden zu seinem 60. Geburtstag am 9. April größere unpolitische Ehrungen bereitet werden.

Stuttgart. Die Cortiasche Buchhandlung kündigt ein Werk des ehemaligen Kronprinzen Wilhelm zur Kriegsschuldfrage an. Es verfolgt die Kriegsschuldfrage an der Hand der gegen Deutschland erhobenen Anklagen von 1870 bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Danzig. Das Aufwertungsgesetz ist in dritter Lesung mit 49 gegen 43 Stimmen angenommen worden. Es unterteilt zwischen sieben verschiedenen Aufwertungsansprüchen. Sparfahrguthaben werden mit 25 Gulden für 100 Mark ausgemindert.

Wien. Die österreichische Bundesregierung beabsichtigt, alle Beamte abzubauen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Von dieser Maßregel würden etwa 15 000 Beamte betroffen werden.

Rom. Kriegsminister General di Giorgio ist infolge des Mißerfolges seiner Heeresreformvorlage zurückgetreten.

London. „Morning Post“ meldet aus Tientsin, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß ein neuer Bürgerkrieg in größerem Maßstab denn je bevorstehe. In chinesischen Kreisen werde angenommen, daß ein Kampf zwischen Tschangschin und Fenghuifang ausbrechen werde.

Kapstadt. Nach Mitteilungen des Generals Herhog planen 60 000 Hereros, sich der Aufstandsbegegnung der Rebellen anzuschließen.

Newyork. Nach Meldungen aus Japan hat das Marineamt mitgeteilt, daß 22 neue Kriegsschiffe, darunter 8 große Kreuzer, in Bau gegeben werden sollen.

Deutscher Reichstag.

(47. Sitzung.) CB. Berlin, 4. April.

Der Reichstag beschäftigte sich zuerst mit einem Bericht des Ausschusses für die besetzten Gebiete über Hilfsmaßnahmen für die besetzten Gebiete.

Der Berichterstatter Abg. von Gierard (Ztr.) gab unter Rundgebungen der Teilnahme des Hauses eine Schilderung der schweren Notlage, in der sich die Bevölkerung des besetzten Gebietes befindet. Die Wohnungsnot sei im besetzten Gebiet besonders schwer. Die bisherigen Hilfsmaßnahmen seien durchaus ungenügend. Der Ausschuss beantragte eine Entschließung, in der beschleunigte Auszahlung der für Hilfsmaßnahmen zugunsten des besetzten Gebietes ausgesetzten Gelder bis zum Betrage von insgesamt 75 Millionen verlangt wird. Die Entschließung wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Vom Haushaltsausschuss wurde dann die Novelle zum

Beamtenbesoldungsgesetz

vorgelegt, die Notstandsmaßnahmen für die Beamten bringt. Der Ausschuss ersucht dazu in einer Entschließung die Regierung, schleunigst zu prüfen, ob und auf welcher Grundlage die Beamtenbezüge erhöht werden können, und darüber dem Reichstag zu berichten.

Die Abg. Bender (Soz.) und Eichhorn (Komm.) bezeichneten die den unteren Beamten gewährte Aufbesserung für durchaus ungenügend. Ein Sozialdemokrat verlangte die Erhöhung des Teuerungszuschlages für die unteren sechs Besoldungsgruppen von 12% auf 20%.

Abg. Schuldt (Dem.) unterstützte diese Forderung und verlangte in einer Entschließung die Ausdehnung des Teuerungszuschlages auch auf die Ruhegehalts- und Wartegeldempfänger. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt, ebenso die Entschließung des Abg. Schuldt. Der Gesetzentwurf nach den Anträgen des Ausschusses wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Wieder ein Grubenunglück.

70 Mann verunglückt, 2 Tote geborgen.

Auf dem neuen Schacht V der Zeche Matthias Stinnes in Karna vereignete sich ein Unfall. Aus unbekannten Gründen verlagte die Fördermaschine. Infolgedessen fuhr der leere Förderkorb in die Seilscheibe, während der mit 70 Mann besetzte zweite Förderkorb in den Sumpf hinabfuhr. Bei dem Anprall wurde die unterste Etage erheblich gestaucht. Die Rettungsarbeiten setzten sofort mit aller Energie ein und es gelang binnen kurzem,



Karte vom Grubenunglück.

die Befahrung der drei obersten Etagen des verunglückten Förderkorbes restlos zu bergen. Bis jetzt sind 54 zum Teil Schwerverletzte und 2 Tote geborgen. Es besteht wenig Aussicht, daß die noch fehlenden Bergleute am Leben sind.

Die Rettungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da der in die Tiefe gegangene Korb im Sumpf steckt. Der Vertreter der Bergbehörde ist, kurz nachdem sich der Unglücksfall ereignet hatte, zur Untersuchung auf der Zeche eingetroffen. Das Unglück geschah in einer Tiefe von 600 Metern. Die Verletzungen der lebenden Bergleute sind hauptsächlich Arm- und Beinbrüche. Der Schacht 5, auf dem das Unglück geschah, befindet sich erst seit September vorigen Jahres in Betrieb.

Trauerkundgebung des Reichstages.

Präsident Lübe unterbrach dann die sachliche Beratung durch die Mitteilung von dem neuen schweren Grubenunglück auf der Zeche „Matthias Stinnes II“. Die Abgeordneten hatten sich zum Zeichen der Teilnahme von ihren Sitzen erhoben. Der Präsident schloß seine Rede, in der er die Teilnahme und Trauer des Reichstages betonte, mit dem Satze: Wir müssen an die Auflichtsbehörden die Bitte richten, daß sie mit peinlicher Aufmerksamkeit die Durchführung der Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen prüfen, damit es uns erspart wird, daß immer aufs neue so schwere Unglücksfälle die deutsche Arbeiterschaft heimfuchen.

Auf diese Tagesordnung folgte dann die Weiterberatung der Anträge über

Wohnungswesen und Mieterschutz.

Abg. Steiniger (Din.) sprach dabei die Erwartung aus, daß die Regierung wenigstens bis zum 30. April mit einer Vorlage kommen werde. Abg. Winnefeld (D. Vp.) beklagte den Zwiespalt zwischen Mietern und Vermietern und erklärte, die Volkspartei wolle keineswegs den Mieterschutz beseitigen. Abg. Eichhorn (Komm.) begründete seinen Antrag, der die sofortige Rückgängigmachung der zum 1. April 1925 angeordneten Erhöhung der Wohnungsmieten verlangt. Abg. Wüll (Dem.) hielt die Beibehaltung des Mieterschutzes für notwendig, besonders im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden. Die berechtigten Interessen der Hausbesitzer müßten gewahrt werden, aber es kann nicht zugelassen werden, daß die Hausbesitzerorganisationen die Mieten weit über den Friedensstand steigern. Abg. Lude (Wirtsch. Vgg.) sah in der Wohnungsgesetzgebung nach der Revolution die eigentliche Ursache der Wohnungsnot. Unter dieser Gesetzgebung sei die Mieten zum Wohnungsbau systematisch erhöht worden. Abg. Schirmer-Franken (Bayer. Vp.) widersprach der Ansicht des Vorredners, daß die Zwangswirtschaft die alleinige Ursache der Wohnungsnot sei.

Darauf wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge der Ausschussantrag angenommen, der unter anderem bis spätestens 30. April 1925 die Vorlegung von Gesetzentwürfen zur Abänderung des Reichsmietengesetzes, des Mieterschutzgesetzes und Wohnungsmangelgesetzes verlangt.

Darauf vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 28. April 1925, nachmittags 3 Uhr.

Reichstagsbilder.

(Von einem alten Parlamentärsjournalisten.)

Die Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten bilden die stärkste Fraktion des Reichstages. Sie zählen 131 Mitglieder; das ist viel, aber sie hatten schon einmal 160 Mandate in der Nationalversammlung vereinigt. Die Sozialdemokraten stehen in Opposition zum Kabinett Dr. Luther. In viel schärferen Kämpfen als mit den bürgerlichen Parteien liegen sie aber mit den Kommunisten. Fraktionsvorsitzender Müller-Franken.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Müller-Franken, der einige Monate lang Reichskanzler war und der auch das Amt des Außenministers eine Zeitlang innegehabt hat, ist ein sehr fleißiger Parlamentarier, der sein

durch Verfassungsänderndes Reichsgesetz würde er aus denselben Gründen widerprochen haben, aus denen er im Frühjahr 1922 dem verstorbenen Reichspräsidenten einbringlich abgeraten hat, sich durch den Reichstag statt durch Volkswahl in seiner Stellung bestätigen zu lassen.

Wieder Barmat-Ausschuß.

Berlin, 4. April.

Im Preussischen Ausschuss zur Untersuchung der Kuffler- und der Barmat-Affäre, der seine Tätigkeit heute wieder aufnahm, kam eine von dem deutschen nationalen Ausschussmitglied Dr. Kaufhold unter dem Titel „Der Barmat-Sumpf“ veröffentlichte Broschüre zur Sprache. Mehrere Ausschussmitglieder betonten, daß Dr. Kaufhold mit dieser Broschüre in ein schwebendes Verfahren, in dem er selbst Richter sei, eingegriffen habe, und verlangten eine Mißbilligung seines Verhaltens. Der Ausschuss erklärte formell, daß er die Verantwortung für die Broschüre ablehne. Vornommen wurde dann der Abgeordnete von Papen, der Mitglied des Ausschusses der zum Barmat-Konzern übergegangenen Preussischen Hypothekendarlehenbank war. Er wies darauf hin, daß er aus seiner Stellung in der Bank keinerlei Vorteile gehabt habe.

Der Preussische Barmat-Ausschuß.

Berlin, 5. April.

Bei den weiteren Vernehmungen vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages erklärte der Zeuge von Papen über seine Beziehungen zum Michael-Konzern, er sei Mitglied des Aufsichtsrates der hannoverschen Bodencreditbank und habe dort Anteile bezogen, daß Barmat hinter dem Unternehmen stehe, habe er bei seinem Eintritt nicht gewußt. Von der Merkurbank oder irgendeinem Barmat-Unternehmen habe er niemals einen Pfennig erhalten. Darüber sollen noch weitere Vernehmungen angestellt werden.

Darauf wird in Gegenwart des Ministers a. D. Hermeß der Landrat von Löffow vernommen, der als Leiter der Sächsischen Zeitschrift des damaligen sächsischen Wirtschaftsminister Schwarz gegenüber vor Barmat Warnungen zum Ausdruck gebracht haben soll, in denen Schwarz an Hermeß Mitteilungen gemacht haben soll. Löffow wiederholt seine früheren Aussagen. Der Ausschuss beschließt darauf, Außenminister Dr. Stresemann und den früheren medienburgischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Reibnitz darüber zu vernehmen, ob Stresemann einem Vertreter des Barmat-Konzerns, als dieser eine Reise nach London machte, eine amtliche Einführung an die englische Regierung mitgegeben habe. Hierauf wurden die Verhandlungen auf den 27. April vertagt.

Auf Verfügung des Untersuchungsrichters, Landgerichts-Dr. Rathmann, wurden die Brüder Genz und Julius Barmat zur Untersuchung nach der Charité gebracht.

Die Plädoyers im Eschekaprozess.

Leipzig, 4. April.

Im Eschekaprozess, der nunmehr schon acht Wochen dauert, wurde heute die Beweisaufnahme geschlossen, worauf sofort der Rechtsanwalt Dr. Neumann mit seinem Plädoyer begann. Er verwahrte sich zunächst gegen den Vorwurf, daß die Reichsanwaltschaft vorgekommen in diesen Prozess hineingegangen sei, und daß politische Einflüsse für die Einleitung des Verfahrens maßgebend gewesen seien. Es sei auch nicht wahr, daß die Untersuchungsbehörden irgendeinen Druck auf die Angeklagten ausgeübt haben, um Aussagen aus ihnen herauszupressen. Der Rechtsanwalt trat dann entschieden für die Glaubwürdigkeit des Hauptangeklagten Felix Neumann ein und bezeichnete es als erwiesen, daß der Angeklagte Stobbe mit Neumanns Auftraggeber „Helmut“, identisch sei. Stobbe habe mindestens an einer der geheimen Sitzungen vom Oktober 1923 teilgenommen, in denen die Einzelheiten für den Umsturz der Reichsverfassung und die Aufrichtung einer Sowjetherrschaft über Deutschland festgelegt worden seien.

Die Landespfandbriefanstalt.

Wiederaufnahme der Untersuchung.

Der preussische Untersuchungsausschuß für die Vorgänge bei der Landespfandbriefanstalt hat nach längerer Pause seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Ministerialrat Kaiser, der als Zeuge vernommen wurde, gab an, daß er sich nicht veranlaßt gesehen habe, gegen die Geschäftsführung der Landespfandbriefanstalt einzuschreiten. Es kam dann ein Darlehen, das nicht in ordnungsmäßiger Weise für die christlichen Gewerkschaften gegeben wurde, zur Sprache. Zeuge Kaiser erklärte dazu, daß es sich um Vermittlung von einer Million durch das Reichspostministerium handelte. Zur näheren Klärung dieses Falles wurde die Ladung des Ministers Hirtfelder beantragt. Es folgte darauf die Vernehmung des Bankiers E. Canu-Essen, der sich über das Geschäft der Verschaffung von 400.000 Dollar für den inzwischen verhafteten v. Carlowitz äußerte. Der Zeuge will wegen der Genehmigung des Geschäftes persönlich bei der Essener Handelskammer vorstellig geworden sein. Es wurde jedoch festgestellt, daß eine Genehmigung des Geschäftes durch das Finanzamt nicht erfolgt ist.

Die Strafanträge im Eschekaprozess.

Mehrfach die Todesstrafe beantragt.

Nach einem längeren Plädoyer des Reichsanwalts Dr. Neumann, dem sich als zweiter Anklagevertreter Landgerichtsrat Flögel ergänzend anschloß, stellte der Reichsanwalt folgende Strafanträge:

„Ich beantrage gegen Neumann wegen Mordes die Todesstrafe, insoweit 7 Jahre Zuchthaus, wovon 6 Monate als verbüßt erachtet werden sollen, und 500 Mark Geldstrafe, die ebenfalls als verbüßt anzusehen sind, und dauernden Ehrverlust, gegen Stobbe 15 Jahre Zuchthaus, dauernden Ehrverlust, 500 Mark Geldstrafe und Todesstrafe, gegen Poegge Todesstrafe, 8 Jahre Zuchthaus, wovon 6 Monate als verbüßt angerechnet werden sollen, dauernden Ehrverlust und 500 Mark Geldstrafe, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden sollen, gegen Margies Todesstrafe, 9 Jahre Zuchthaus, dauernden Ehrverlust und 500 Mark Geldstrafe, gegen Szon Todesstrafe, 4 Jahre Zuchthaus, wovon 6 Monate als verbüßt erachtet werden, und dauernden Ehrverlust, gegen Meus 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus, wovon 6 Monate als verbüßt angesehen werden, 400 Mark Geldstrafe, 5 Jahre Ehrverlust, gegen Mörsner 3 Jahre Zuchthaus, wovon 6 Monate als verbüßt angesehen werden, 300 Mark Geldstrafe, 5 Jahre Ehrverlust, gegen König 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe, 5 Jahre Ehrverlust, gegen Diemer 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 6 Monate werden als verbüßt angesehen, 500 Mark Geldstrafe, 5 Jahre Ehrverlust, gegen Mayer 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus, wovon 6 Monate als verbüßt erachtet werden, 600 Mark Geldstrafe, 10 Jahre Ehrverlust, gegen Kuhl 3 Jahre Gefängnis, abzüglich 10 Monate, die als verbüßt erachtet werden, 300 Mark Geldstrafe, die ebenfalls als verbüßt angesehen werden, gegen Hufe 3 Jahre Zuchthaus, wovon 6 Monate als verbüßt erachtet werden, und 300 Mark Geldstrafe, gegen Hallup 2 Jahre Gefängnis, von denen 6 Monate als verbüßt anzusehen sind, gegen Tütorf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, wovon ebenfalls 9 Monate als verbüßt erachtet werden, gegen den Chemiker Lesniffe 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe.“ Außerdem beantragte der Reichsanwalt gegen Frau Lesniffe 10 Monate Gefängnis. Die Angeklagten nahmen die Strafanträge äußerlich vollkommen ruhig auf.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 7. April 1925.

□ **Urtaubungsgehe in Preußen gebührenfrei.** Der preussische Unterrichtsminister ordnet, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, im Einvernehmen mit dem Finanzminister an, daß künftig von einer Gebührenhebung für Bescheide auf Gesuche um Beurlaubung und vorzeitige Entlassung von Schulkindern wie auch für die entsprechenden Entscheidungen der übergeordneten Behörden auf Beschwerden über ablehnende Bescheide, aus Billigkeitsrücksichten abzusehen ist.

—* **Entschädigungsansprüche an die Regie.** Die gemischte gerichtliche Kommission der rheinischen Eisenbahnen, welche über die bei der franz.-belgischen Eisenbahnregie oder ihrer Abwickelungsstelle in Mainz — Herrn Liebert — Kaiserstraße 1, Zimmer 201, angebrachten Entschädigungsansprüche endgültig entscheidet, hat die Frist für die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen an die Regie bis zum 16. Mai 1925 verlängert. Dem Antrage auf Austragung von Streitfällen vor einem der gemischten Gerichtshöfe — in Mainz, Düsseldorf oder Aachen — kann aber nur stattgegeben werden, wenn 1. vor dem 16. Februar 1925 ein schriftlicher Entschädigungsantrag eingereicht worden ist; 2. vor dem 10. April 1925 dem Sekretariat der zuständigen gemischten gerichtlichen Kommission mit Einschreibebrief das Datum, die Art und Höhe der an die Regie gestellten Forderung mitgeteilt worden ist. Die Regie hat sich neuerdings bereit erklärt, Entschädigungsanträge auch dann anzunehmen, wenn sie vor dem 16. Februar 1925 bei einer Dienststelle oder Behörde der Reichsbahngesellschaft eingereicht worden sind (bisher nur, wenn sie bei der Regie bzw. bei der Abwickelungsstelle in Mainz angebracht waren). Nach dem 16. Februar 1922 geltend gemachte Forderungen können jedoch, wie die Regie mitteilt, nach den für sie maßgebenden Vorschriften nicht mehr berücksichtigt werden.

—* **Zeittartenlichtbildrahmen.** Anfang April wird ein neuer Lichtbildrahmen für Zeittarten eingeführt, der vorläufig nur bei den Düsseldorfer Stationen zur Ausgabe gelangt. Der bisher in Gebrauch befindliche Rahmen wird, soweit er noch unbeschadet ist, an den Zeittartenaltern kostenlos umgetauscht, andernfalls muß der neue Rahmen zum Preise von 0.50 Mk. käuflich erworben werden. Neben diesem Rahmen behält der alte vorläufig noch bis zum 30. Juni d. Js. seine Gültigkeit. Mit der Einführung des neuen Rahmens wird vielfach geäußerten Wünschen des Publikums Rechnung getragen. Der bisher in Gebrauch befindliche Rahmen wies eine ganze Reihe von Nachteilen auf, die ihn bei den Reisenden unbeliebt machten. Er war durch den Mechanismus, der Karte, Lichtbild und Rahmen unlösbar zusammenhalten sollte, um die Benutzung der unübertragbaren Karte durch einen Unberechtigten zu verhindern, schwer und unhandlich geworden. Zudem verlagte der Mechanismus häufig. Die aus Spritzguß gefertigte Verschlußbrücke sprang und mußte gegen eine neue ausgetauscht werden. Es ist vorgekommen, daß bei großen Zeittartenausgaben 70 Verschlußbrücken an einem Tage neu eingeklebt werden mußten. Der neue Rahmen weist gar keinen Mechanismus auf. Er hat infolgedessen leicht und handlich gearbeitet werden können. Nur das Lichtbild wird mit dem Rahmen durch einen einfachen Handgriff auf maschinelle Weise fest verbunden. Die Zeittarte selbst steckt lose und auswechselbar in dem Rahmen. Der unbefugten Uebertragung der Zeittarte ist dadurch vorgebeugt, daß Karte und Rahmen eine übereinstimmende Nummer tragen müssen. Die Nummer ist auf dem Rahmen eingestanzt, auf die Karte wird sie von Beamten der Zeittartenausgabe handschriftlich eingetragen. Die Zeittarte ist nur gültig in einem die gleiche Nummer tragenden Rahmen. Die Anforderungen, die an die Lichtbilder gestellt werden, entsprechen im wesentlichen den bisherigen Bestimmungen. Die Gesamtgröße des Lichtbildes muß die einer Zeittarte sein, (also 7 cm. hoch und 4.5 cm. weit). Das Bild selbst muß vom oberen und unteren Rande je 1 cm. entfernt sein. (Eigentliche Bildgröße demnach 5 cm.) Als Mindestkopfgöße wird die Größe eines 10 Pf.-Stückes vorgeschrieben. Es ist lichtdurchlässiges, also nicht kartonartiges Papier als Bildmaterial zu verwenden. Der Hintergrund des Bildes ist möglichst hell zu halten, insbesondere gilt dies von dem unteren Rand des Bildes, welcher zur Aufnahme der Namensunterschrift dient. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß nur Lichtbilder, die die Person allein und ohne Kopfbedeckung darstellen, zulässig sind. Den Zeittarteneinhabern wird empfohlen, sich rechtzeitig die erforderlichen Lichtbilder zu beschaffen, da die Ausgabe der neuen Rahmen von der Vorlage der Lichtbilder, wie oben bezeichnet, abhängig gemacht wird und Ausnahmen im Interesse einer einheitlichen Durchführung der Maßnahme nicht zugelassen werden können.

& **Halver, 5. April.** In dem heutigen Gottesdienste, in dem Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus die Predigt hielt und in der er auf Grund des Textes Marcus 10, 42—45: „denn auch des Menschen Sohn ist nicht gekommen, daß er sich dienen lasse, sondern daß er diene und gebe sein Leben zur Bezahlung für viele“ den Gedanken entwickelte und ausführte, daß die wahre Größe und Macht im Dienen bestehe, wurden die neugewählten Presbyter: Hauptlehrer Friedrich Escher-Halver, Wilhelm Bremder-Schöneberge, Adolf Hudenbed-Halver und Bahnvorsteher August Abel-Halver in ihr Amt eingeführt und durch Handreichung auf das selbe verpflichtet.

— **Halver, 6. April.** Die Kreis-Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in Halver hatte am Samstag im Lokal Fasbender ihre Hauptversammlung. Sie wurde mit Worten der Begrüßung von dem Vorsitzenden Hermann Steller eröffnet. Der Geschäftsführer erstattete den Geschäfts- und Kasienbericht. Aus dem Bericht ist zu entnehmen: Die Kolonne zählt 24 aktive Mitglieder, sie ist im verflochtenen Jahr mit Material und persönlicher Ausrüstung vollständig versehen und jeder an sie heran tretenden Aufgabe gewachsen. Zu ernster Arbeit trat die Kolonne oft in Tätigkeit mit der Fahrbare wurden 4 Transporte im Ort, 8 zum Lüdenscheider Krankenhaus und 1 nach Münster durchgeführt ferner 5 Transporte mit Auto in 254 Fällen konnten die Mitglieder

die erste Hilfe leisten. Die Kasse zählt in Einnahme 1259 und in Ausgabe 1291 Mk. Die Einnahmen stammen zum Teil von Korporationen zum Teil aus Beiträgen passiver Mitglieder. Die Ausgaben wurden zu über 90 % für die Ausrüstung verwandt. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde der auscheidende Vorstand wiedergewählt, der Beiritt zum Reichsverband Deutscher Sanitätskolonnen beschlossen und die Mitglieder gegen Unfall und Haftpflicht im Dienst beim Reichsverband versichert. Die für den Ort bestehende Alarmeinteilung fand eine wesentliche Verbesserung. In diesem Jahre konnten 8 Mitglieder auf eine über 15 jährige, vorwurfsfreie Dienstzeit in der Kolonne zurückblicken. Der Hauptvorstand des preuß. Landesvereins ehrte diese Mitglieder durch Ueberreichung einer Urkunde nebst Ehrenzeichen. Diese Mitglieder sind: Kol.-Führer Fritz Hedderich, Heinr. Maier, Jacob Dunkel, Rudolf Marx, Aug. Duchsich, Wilh. Boß, Ernst Winter und Lorenz Schmidt.

□ **Oberbrügge, 6. April.** Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Viehbestande der Landwirte Wilh. Winter und Gustav Schumacher in Ober-Mintenbede, Amt Lüdenscheid, ausgebrochen.

— **Kierspe, 4. April.** Am 3. April wurde der Film „Ich fahre in die Welt“ in der Kaiserhalle des Berlinerhofes hier selbst vorgeführt. Herr Schürmann-Altena, der Begründer der Jugendherbergen, verstand es mit eindringlichen Worten der Jugend wie den Eltern das Großstadtleben wie das Anzeigemagazin und Unendliche unserer heutigen sogenannten Kultur vor Augen zu führen. Er wußte meisterhaft, das Ungefunde und Unschöne in der heutigen Frauenkleidung, für die meist die Pariserhalbwelt tonangebend ist, herauszustellen. Schlicht und einfach sei deutsches Wesen. Zurück zum Wahren und Schönen. Jung bleibt nur die Lehrmeisterin der Jahrhundert, die Natur. Aus diesen Quellen ewigen Lebens soll der Mensch trinken und immer wieder neue Kraft zum Tageswerk für sich, Gesundheit für seine Familie und Verehrung für das Schöne suchen und finden. Der reiche Born der Natur erfüllt alle, die sich mit Verständnis ihr hingeben mit neuer Stärke. Die Jugendherbergsbewegung marschiert. Wir hoffen, daß der gestrige Tag auch hier anregend wirken wird. Das ist unser Frühlings- und Osterglaube: Wenn wir schreiten seit an Seit und die neuen Lieder singen, und die Wälder wieder klingen, fühlen wir es muß gelingen! Mit uns zieht die neue Zeit.

□ **Finnentrop, 4. April.** In dem Walzwerk der Wolf, Netter und Jakobi stürzte ein noch im Bau befindliches Eisengerüst ein. Ein Arbeiter erlitt einen Beinbruch und leichte Verletzungen am Kopf. Die Sanitätskolonne Finnentrop überführte ihn ins Krankenhaus Meppen.

□ **Dortmund, 4. April.** Im Monat März d. Jahres kamen in den Dortmunder Hafen 380 beladene und 26 leere Schiffe an mit 219 204 Tonnen Gütern und darunter 207 088 Tonnen Erz. Abgegangen sind 108 beladene und 313 leere Schiffe mit 47 784 Tonnen Gütern, darunter 38 985 Tonnen Kohlen. Der Gesamtgüterumsatz stellt sich im Berichtsmonat auf 266 988 Tonnen.

+ **Wipperfurth, 6. April.** In diesem Jahre kann die Stadt auf eine 40-jährige Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr zurückblicken. Nach dem Wahlprüf „Gott zur Ehr, und dem Nächsten zur Wehr“, hat die Wipperfurth Feuerwehrgesellschaft gehandelt. Da die Stadt besonders stark von Feuersbrünsten heimgesucht wurde und bereits siebenmal niederbrannte, kann man die Schwere der Aufgabe ermessen und die Aufopferung von Leben und Gesundheit zum Wohle des Nächsten, nicht gebührend anerkennen. In Anbetracht der verflochtenen, von Bränden reich durchflochtenen 40 Jahren, gedenkt die Wehr mit Recht dieses Jahr als Jubeljahr zu betrachten und in würdiger Weise durch einen Festakt zu begehen. Wie uns berichtet wird, soll der 21. Juni als Feuerwehrtag gelten, wozu alle umliegenden Wehren eingeladen sind. Wir hoffen, daß die Zahl der Wehren eine große sein wird, zum Zeichen des Dankes und zur Aufmunterung der gesamten Wehren, die sich zur Pflicht gesetzt haben, dem Nächsten jederzeit, ob Tag oder Nacht, bei Regen oder Schnee, Hilfe zu bringen bei Feuersbrand.

□ **Dieringhausen, 3. April.** Drei Brände in einer Nacht. In der Donnerstagnacht wurde die freiwillige Feuerwehr dreimal alarmiert. Zuerst brannte der große Lagerstuppen der Firma S. Spitzer neben der evangelischen Kirche, der mit seinen Warenstapeln dem Feuer zum Opfer fiel. — Gegen 11 Uhr brach unter dem Saale Schauenburg in Neu-Dieringhausen Feuer aus, das jedoch schnell gelöscht werden konnte. — Im benachbarten Strombach ertönte um 9 Uhr das Brandsignal. Das Stallgebäude des Landwirts Wahlscheid brannte nieder. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. In allen drei Fällen ist die Brandursache unbekannt.

□ **Röln, 4. April.** Im Kölner Rathaus wurde die Gründung der Kölner Kraftwagen-Betriebs-Gesellschaft m. b. H. vollzogen. Zunächst soll mit der Einrichtung des Personenverkehrs begonnen werden; daneben dürfte im Einvernehmen mit der Reichsbahnerverwaltung auch noch zu bestimmenden Strecken der Güterverkehr aufgenommen werden. Unter Voraussetzung der endgültigen Zustimmung der kommunalen Körperschaften haben sich an dem Unternehmen die Städte Köln, Neuf, Remscheid, Rhendt sowie die Landkreise Bergheim, Düren, Euskirchen, Grevenbroich, Köln, Lennep, Köln-Mülheim, Neuf, Rheinbach, Schleiden und Solingen. Die Beteiligung weiterer Städte und Landkreise wurde vorbehalten.

Bunte Tageschronik

Bremen. An Bord der Bremer Motorviertelstark „Magdalene Bienen“ ereignete sich auf der Reise von Antwerpen nach Baparatso ein Motorunfall, bei dem ein Mann der Besatzung getötet und zwei verletzt wurden. Das Schiff ist nach Wilfringen zurückgekehrt.

London. Die Internationale Luftschiffahrtskommission, in der 22 Nationen vertreten sind, ist hier zusammengetreten.

London. In der Sitzung des Vorstandes der britischen Reichsanstellung in Wembley wurde beschlossen, in diesem Jahre die Ausstellung offiziell am 6. Mai zu eröffnen.

Eingefandt.

Oberbrücke.

Achtung!

Vorsicht!

Welche Vorkehrungen muß man treffen, um einigermaßen gesund und heil zum Bahnhof Oberbrücke zu gelangen.

Willst zum Bahnhof heil gelangen
Müßt ich einen Rat Dir geben,
Dich fahst oft ein großes Bangen,
Denn gefährdet ist Dein Leben.

Wenn im Bruch die Schüsse knallen,
Zentnerschwere Steine fliegen,
Auf die Straße, Dächer fallen,
Wirft Du mit der Angst es kriegen.

Kürzlich konnte man es sehen,
Einsam stand dort und verdrossen,
Stahlröhren, was war geschehen,
Dir der Schornstein weggeschossen?

Mensch greif' Drum zum Pflasterkasten,
Leicht kannst Du mal Schmerz empfinden,
Muß dann unterwegs rasten,
Um den Schädel zu verbinden.

Wärst vom Teufel doch belesen,
Unzerbrechlich, sondergleichen,
Wenn den Kasten Du vergessen,
Der zum Nutzen kann gereichen.

Sind verrenkt, verstaucht die Glieder,
Was zur Linderung Dir kann dienen,
Höre, streckt ein Wurf Dich nieder,
Leg an Arm und Beine Schienen.

Telefon mußt Du auch tragen,
Manchmal heißt es schleunigst wecken,
Wenn die Blöcke um Dich schlagen,
Und Dich trifft an allen Ecken.

Krachend durch die Lüfte brausen,
Und sich wälzen wie die Wellen
Dir um Kopf und Ohren sausen
Fängt das Haar Dir an zu schwellen.

Liegst Du hilflos dann im Graben,
Zeigt es Dir die rechte Quelle,
Wirft sofort den Anschlag haben,
Und der Doktor ist zur Stelle.

Willst vor Schaden Dich nun schützen,
Laß es Dir noch einmal sagen,
Folgt der Weisung, sie wird nützen,
Denn es geht um Hals und Kragen.

Kleine Nachrichten.

Entscheidung des Schiedsgerichts im Bankgewerbe.

Berlin, 5. April. Die Angestelltenverbände des Bankgewerbes hatten sich, wie erinnerlich, dahin geeinigt, die Frage, ob die bisher außerstehenden Verbände als Tarifparteien zum Reichstarifvertrage zugelassen werden sollten, einem Schiedsgericht zur endgültigen Entscheidung zu überweisen. Das Schiedsgericht hat nunmehr nach mehrtägigen Verhandlungen auf Grund einer in sämtlichen Banken vorgenommenen Abstimmung dahin entschieden, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfsverband als Tarifpartei zugelassen sei, daß aber die übrigen bisher außerstehenden Verbände nicht soviel Mitglieder im Bankgewerbe besitzen, daß ihre Beteiligung an den Tarifverhandlungen gerechtfertigt wäre.

Zum Unglück auf Zeche „Matthias Stinnes“.

Essen, 5. April. Bis jetzt ist es nicht gelungen, weitere Verunglückte auf der Zeche „Matthias Stinnes“ zu bergen. Da es nicht möglich ist, in die unterste Etage des verunglückten Förderkorbes einzubringen, ist man jetzt daran, mit Schneidbläsern den Korb auseinanderzuschneiden. Wie jetzt feststeht, war der Förderkorb mit 71 Mann besetzt, so daß sich also noch

8 Mann in der Grube befinden. Von den geborgenen Verunglückten wurden 56 Mann, von denen 17 schwer und einer lebensgefährlich verletzt sind, in vier Krankenhäuser eingeliefert. Da Schacht V vorgestern erst ausgepumpt wurde, sind die in der untersten Etage des Korbes befindlichen Leute nicht ertrunken. In der Stadiverordnetenversammlung wurden für die Hinterbliebenen der Opfer der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Matthias Stinnes“ als erste Beihilfe 10 000 Mark bewilligt.

Überfall auf eine englische Mission in China.

London, 5. April. Drei Räuberbanden in Stärke von je 100 Mann griffen, einem Telegramm aus Kiatingtsuan zufolge, eine Missionsstation, 300 Meilen von Singapur, an. Die Räuber steckten die Stadt in Brand und trieben die Bevölkerung aus den Häusern. Während der Flucht wurden die Frauen von den Banditen angegriffen. Tausende von Frauen versuchten sich auf Booten des nahen Flusses zu retten. Dabei ertranken viele Frauen, weil der morsche Boden einiger Boote durchbrach. Die englische Mission ist niedergebrannt, der Missionar geflohen. Zu Hilfe eilendes Militär konnte gegen die Übermacht nichts ausrichten. Schließlich gelang es den Bewohnern der Dörfer, die Räuber zu vertreiben.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein mildes Urteil gegen politische Ruhestörer. Vor der Großen Strafkammer in Potsdam wurde gegen die Teilnehmer am kommunistischen Aufstand in Glinow verhandelt. Die Strafkammer kam zu der Überzeugung, daß es sich um das Bestehen einer proletarischen Hundertschaft mit ausgeprägtem militärischem Charakter handelte. Trotzdem sah das Gericht die ganzen Vorgänge milde an und erkannte gegen die Angeklagten anstatt auf Gefängnisstrafen auf Geldstrafen von 90 bis 150 Mark.

Das Urteil im Striegauer Reichsbannerprozeß. Im Riesenprozeß gegen das Striegauer Reichsbanner lautete das Urteil gegen den Gewerkschaftsfunktionär und Stadtrat Gustav Müller in Striegau unter Zuhilfenahme mildernder Umstände entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts auf zwei Jahre Gefängnis, gegen den zweiten Hauptangeklagten Hauptlehrer Willi Geburt auf drei Jahre Gefängnis, gegen den Arbeiter August Lohers auf 1½ Jahre Gefängnis, gegen den vierten Hauptangeklagten Betriebsleiter Alfred Haenel aus Striegau auf Freispruch, gegen den Tischlerlehrling Julius Rohr aus Striegau auf acht Monate Gefängnis.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 4. April.

* Börsenbericht. Die Börsenwoche schloß bei stillem Geschäft völlig lustlos bei jedoch verhältnismäßig gut behaupteten Kursen. Auch am Markt der inländischen Anleihen ging es sehr still zu, überwiegend waren geringe Kurserhöhungen zu verzeichnen. Kriegsanleihe schwankte zwischen 0,65—0,66. Die Situation am Geldmarkt ist unverändert, tägliches Geld stellte sich auf 8—10%, monatliches Geld auf 9—11%.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,05—20,10; holl. Gulden 167,39—167,81; Danz. 79,65 bis 79,85; franz. Franc 21,69—21,75; belg. 21,29—21,35; schwed. 80,95—81,15; Statien 17,21—17,28; schwed. Krone 113,04—113,32; dän. 77,00—77,20; norweg. 66,57 bis 66,73; tschech. 12,44—12,48.

* Geringer Rückgang des Großhandelsindex. Die auf den 1. April berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 25. März (132,9) um 0,5 % auf 132,3 zurückgegangen. Niedriger lagen vor allem die Preise für Getreide, Butter, Schmalz, Fleisch, Speck, Milch, Kaffee, Rindschäute, einige Textilrohstoffe und Halbwaren, Benzin sowie für die meisten Nichteisenmetalle. Höher lagen die Preise für Roggen, Hafer, Weizen, Weizenmehl, Rohjute und Hanf. Von den Hauptgruppen haben die Lebensmittel von 129,6 auf 129,2 oder um 0,3 %, die Industriestoffe von 139,1 auf 138,2 oder um 0,6 % nachgegeben. Für den Durchschnitt März ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer von 136,5 im Durchschnitt Februar auf 134,4 oder um 1,5 %.

* Weitere Senkung der Berliner Milchpreise. Das langsame Nachgeben des Butterpreises ermöglicht eine weitere Senkung der Milchpreise. Die Richtpreise für Milch betragen in der neuen Woche für ein Liter Vollmilch ab Laden des Kleinhandlers 30 Pfennig, für ein Liter Vollmilch ab Berliner Kuhhülle 33 Pfennig.

* Zusammenschluß der Gläubigerschutzverbände. Der Reichsbund für Aufwertung teilt mit, daß ein Kartell der Spitzenorganisationen der Aufwertungsgläubiger geschaffen worden sei. Dem Kartell gehören an: der Verband der Interessenten zur Erlangung der Aufwertung von Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, e. V., der besonders die öffentlichen Anleihen bearbeitet, der „Schutzbund der Bankgläubiger und Versicherungsnehmer“, e. V., der die auch heute noch ungelöste Frage der Bankguthaben behandelt, und die „Treuhändlers für die Anmeldung der öffentlichen Anleihen“.

* Kartoffelnotierungen. Kartoffeln, weiße 2,00, rote 2,20, gelbfeischige 2,90 M.

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 3302, darunter Bullen 706, Ochsen 1074, Kühe und Färken 1242, Kälber 3450, Schafe 11549, Schweine 9932, Ziegen 40, Schweine aus dem Ausland 312. Preise: Ochsen a) 50—55, b) 44—48, c) 38 bis 42, d) 30—34; Bullen a) 46—47, b) 42—44, c) 37—40; Kühe und Färken a) 47—52, b) 38—43, c) 30—35, d) 24—27, e) 19—21; Kälber 30—37; Kälber a) —, b) 80—92, c) 65—75, d) 50—60, e) 36—45; Stallmischschafe a) 45—51, b) 36—42, c) 23—30; Schweine a) —, b) 65, c) 63—64, d) 61—63, e) 59—61, f) bis 59; Säue 58—61; Ziegen 15—20. Marktfuhrerlauf: Bei Rindern in guter Ware glatt, sonst ruhig; bei Kälbern ziemlich glatt; bei Schafen langsam; bei Schweinen glatt.

* Butterpreise. Für den Zentner erste Qualität 180 Mark, zweite Qualität 164 Mark, abfallende Sorten 136 Mark. Ruhig.

* Ungünstige Wirtschaftslage in der Zigarettenindustrie. Der Reichsverband der Zigarettenfabriken e. V. hatte in Berlin die Vertreter der Presse zu einem Empfang eingeladen, bei dem der Geschäftsführer des Verbandes im Zusammenhang mit dem Entwurf des neuen Tabaksteuergesetzes über die Notlage in der deutschen Zigarettenindustrie berichtete. Die Erfahrungen, die in Deutschland über die Wirkungen der Tabaksteuer gesammelt seien, hätten unzweifelhaft ergeben, daß die deutsche Zigarettenindustrie nicht in der Lage sei, die gegenwärtige Steuer von 40 % des Kleinverkaufspreises (130 % des Warenpreises) zu tragen. Die immer weiter um sich greifende Konzernbildung in der Zigarettenindustrie, die sich auf ausländische Kapitalisten stütze, wäre der deutschen Volkswirtschaft und auch der deutschen Währung schädlich. In der Zeit vom Januar 1924 bis jetzt hätten die in der Zigarettenindustrie bestehenden Schwierigkeiten dahin geführt, daß mindestens 500 Mittel- und Kleinbetriebe, d. h. mindestens 7 % aller bestehenden deutschen Zigarettenfabriken vor dem Zusammenbruch ständen.

* Produktentbörse. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	4. 4.	3. 4.		4. 4.	3. 4.
Weiz., m.ärl.	243-246	244-247	Weizgl. f. Brl.	14	14
kommerziell	—	—	Roßf. f. Brl.	14,4-14,5	14,4-14,5
Roggen, m.ärl.	222-223	223-229	Raps	395-400	395-400
kommerziell	—	—	Leinsaat	385-390	385-390
Westpreuß.	—	—	Blutorb.	22-27	23-29
Fruttergerste	190-216	192-218	fl. Speiseerbs	18-20	18-20
Brangerste	220-238	220-240	Fruttererbsen	18-19	18-19
Hafer, m.ärl.	186-194	188-196	Beluschten	18-19	18-19
kommerziell	—	—	Aderbohnen	18,5-20	18,5-20
Westpreuß.	—	—	Biden	18-20	18,0-20
Weizenmehl	p. 100 Kil. fr.	—	Lupin., blaue	10-11,5	10-11,5
Wln. br. inf.	—	—	Lupin., gelbe	12-14	12,5-14
Sad (feinst)	—	32,5-35	Serabella	13-14,5	13-14,5
Wrl. n. Rot.)	—	—	Rapskuchen	15,3-15,6	15,3-15,6
Roggenmehl	p. 100 Kil. fr.	—	Leintuchen	21,3-21,6	21,3-21,4
Wln. br. inf.	—	—	Erbsenmehl	9,9-10,2	9,9-10,2
inf. Sad	32-34	31-33	o. d. d. d.	—	—
			Torfm. 50/70	9,2	9,2
			Kartoffelfl.	19,1-19,5	19,1-19,5

Geschäftliches.

Als erster Jubilar in der Firma Artmeier, Barmen konnte der Prokurist und Kassamanager, Herr Artur Ehrlich, am 1. April auf eine 20 jähr. Tätigkeit in der kaufmännischen Abteilung zurückblicken. Während dieser Zeit hat er es verstanden, sich neben dem Vertrauen des Inhabers der bekannten Firma—auch außerhalb seines engeren Tätigkeitsbereiches, namentlich bei Kunden Lieferanten, ferner in Bank und Zeitungskreisen durch sein offenes, gerades Wesen allgemeine Beliebtheit zu erwerben.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Rapskuchen
Rapskuchenteig
Leinkuchenteig
Erbskuchenteig
Soyaschrot
Weizenkleie
Weizenholzmehl
Kleimelasse
Zuckerschnitzel
Weizenmehl
Gerste
Gerstenmehl
Plata-Hafer
Donau-Hafer
Plata-Mais
Perl-Mais
Pferdehacksel
Viehhalz
Butterhalz
u. Kochhalz
hält stets auf Lager
Otto Döhler,
Dhl-Rönsahl.

Ca. 4 1/2 Morgen, in sehr gutem Kulturzustande befindliches

Ackerland

(Niedergrund) zu verpachten.

Heinr. Jung & Co., Halver

Gabeltrecker

für kleine Gabeln gesucht.

Eintritt kann sofort erfolgen.

Gabelfabrik
Dahlebrück.

Gebrauche Ata

Ant-Rierspe.

Bekanntmachung.

Auf die Ober-Präsidial-Polizei-Berechnung vom 16. Mai 1923, wonach Taubenbesitzer verpflichtet sind, ihre Tauben während der Saatzeit vom 15. März bis 15. April und vom 1. Oktober bis 31. Oktober einzusperrn, mache ich hiermit aufmerksam.

Übertretungen werden unnachlässig bestraft.

Der Amtmann.

In das Handelsregister B Nr. 156 ist heute die Firma Galvano-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Halver eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag ist vom 17. November 1924 und 24. Februar 1925. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von galvanischen Überzügen auf Gegenständen aus Metall. Das Stammkapital beträgt 35 000 Reichsmark. Alleiniger Geschäftsführer ist der Bauunternehmer Wilhelm Brückmann in Halver. Dem Kaufmann Max Alte aus Halver ist Procura erteilt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Lüdenscheid, 7. März 1925.

Das Amtsgericht.

Kopierbücher

zu 500 u. 1000
Seiten
sind vorrätig bei
W. Bell jr., Halver

Ernst ist das Leben, heiter die Kunst!



Dilettantenverein „Hohenzollern“ Halver.

(Mitglied des Reichsbundes für Volksbühnenspiele)

feiert am 2. Ostertage, anfangend 4 Uhr nachm. auf der Carlshöhe sein

Frühjahrs-Fest.

Zur Aufführung gelangt:

„Die Räuber“

Schauspiel in 8 Aufzügen von Fr. Schiller.

Abends 8 Uhr: **BALL.**

Es ladet ergebenst ein
der Vorstand.

Waschförbe

empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Blauenen o. Stein	Mk 0.75
Rirschen	0.55
Mirabellen	1.10
Erdbeeren	2.30
Mark	1.55
Schnittbohnen, fein	0.95
Brechbohnen	0.90
Blumenkohl	1.10
Brechpargel	2.20
Pfifferlinge	1.30
Preißelbeeren	2.30
gem. Gemüse gr.	1.75
kl.	0.90
Delfardinien	0.48

Gebr. Haase, Halver.

Taschen-Fahrpläne

der Reichsbahndirektion Elberfeld

Ausgabe 5. April 1925.
Zu haben bei
Wilh. Bell jr., Halver.

Zu dem bevorstehenden

Osterfeste

empfehlen wir zu sehr günstigen Preisen:

Apfelsinen,
Rosinen,
Zucker, Mehl,
Mandeln,
Zwiebeln,

per Pfd 20, 5 Pfd 90 &

Gebr. Haase, Halver.

Erhalte in den nächsten Tagen eine Waggonsladung

Drainage-Röhren

in sämtlichen gangbaren Weiten. Bestellungen erbitte umgehend.

C. Zimmermann,
Dhl-Rönsahl.

Für die Karwoche

empfehlen wir zu äußerst günstigen Preisen:

Schellfisch,
Stodfisch u.
Bratschellfisch.

Gebr. Haase, Halver.

Gehalt

und 10.— bis 20.— Mark täglich verdienen bei Landwirten und Viehhaltern eingeführte Vertreter, ebenso

Zeitschriftreisende in Stadt und Land.
Schulz & Co., Berlin W 57, Bülowstr. 6.